

AGS: NACHRICHTEN

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Herausgeber: Landesvorstand der AGSNRW

www.ags-in-nrw.de

Ausgabe Juni 2008

seite 1

↑
Vorläufige neue Adresse
(siehe Seite 12!)

Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW, sehr geehrte Leserinnen und Leser,

bis gestern kannte ich weder Harald L., noch die Person, die mich – eher versehentlich – kontaktiert und folgendes über ihn berichtet hat: Herr L. ist – obwohl bestens qualifiziert, flexibel und uneingeschränkt mobil – seit über einem Jahr auf der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz. Harald L., zuhause in einer Kleinstadt nahe Dresden, Bauingenieur mit Fachrichtung „Konstruktiver Ingenieurbau/Hochbau“, mit soliden Kenntnissen in der Denkmalpflege, der Projekt- und Bauleitung sowie der Vertragsgestaltung, früher häufig als Gutachter vor Gericht und in Ausschüssen tätig, heute fast nur noch ehrenamtlich „angestellt“. Und, ach ja: „Er ist schon 56, leider!“

Nachdem ich dann selbst mit ihm telefoniert hatte, blieb das Bild eines „jung gebliebenen ‚alten Hasen‘“ zurück: engagiert, hoch motiviert, lebens- und berufserfahren, sympathisch. Einziger „Makel“: Die Gnade der frühen Geburt. Anders gesagt: Ein „Best Ager“, wie er im Buche steht.

Auch ich konnte Herrn L. keinen neuen Arbeitsvertrag vorlegen. Aber ich konnte ihm zumindest anbieten, seinen „Steckbrief“ an mir bekannte Büros weiterzuleiten – in der Hoffnung, dass jemand jemanden kennt, der gerade jemanden wie ihn sucht; und ich konnte die unermüdliche Annemarie Jach von der AGS in Sachsen und den Leiter des Projekts „BEST AGER – Der Beschäftigungspakt für Ältere“ informieren, die beide spontan ihre Unterstützung zusagten; und ich kann auch an dieser Stelle darüber berichten. Vielleicht hilft es.

Herr L. existiert tatsächlich, und sein Problem ist zunächst ein individuelles. Gleichwohl ist dieser Fall exemplarisch.

Wenn die SPD die „Kümmererpartei“ bleiben soll, dann sind wir alle gefordert! Und dabei spielt es keine Rolle, welches Label auf dem Hilfspaket klebt. Ob AfA, AsF, AfB, AG60plus oder AGS – Hauptsache, es ist **SPD** drin. Also: Kümmern wir uns ...



Herzlichst,

Michael Henke

Landesvorstand der AGSNRW



B2D 2008 IM RUHRGEBIET BUYERS MEET SELLERS

Zentrum des Mittelstandes im Revier: Die b2d in der VELTINS-Arena • Wenn Unternehmer aus Essen und Wanne-Eickel direkten Zugang zum globalen Einkauf bekommen. Deutschlands größte regionale Mittelstandsmesse „b2d BUSINESS TO DIALOG“ verschafft Mittelständlern den direkten Kontakt.

Bereits zum fünften Male kommt Deutschlands größte regionale Mittelstandsmesse „b2d BUSINESS TO DIALOG“ am 20. und 21. August in die VELTINS-Arena nach Gelsenkirchen. Dabei entpuppt sie sich immer mehr zu einem wichtigen Instrument lokaler Wirtschaftsförderung für den heimischen Unternehmensbestand. Ein neuer Bestandteil der Messe hat dabei in München, Bremen, Braunschweig und im Rheinland bereits für Begeisterung gesorgt: „Buyers Meet Sellers“. Hier werden zwischen Ausstellern aus Industrie, produzierenden Unternehmen oder dem Handwerk und dem Einkauf großer Unternehmen gezielt Termine vergeben, in denen sich beide Seiten kennen lernen können. „Wir schließen damit eine wichtige Lücke in der gesamten Lieferkette der regionalen Wirtschaft“, freut sich Ulf Hofes, Hauptveranstalter der Messe. „Der Weltmarkt beginnt nicht am Europoort in Rotterdam oder am Flughafen, sondern bereits in Bochum und Herne. Hier gibt es hervorragende Unternehmen, die sich im weltweiten Bieterwettbewerb prima behaupten können.“ Der Erfolg gibt der b2d recht.

Die AGSNRW präsentiert sich auch in diesem Jahr mit einer Sonderveranstaltung auf der b2d

Wie der Messebetreiber jetzt bestätigte, wird sich die AGSNRW am Donnerstag, 21. August, von 14:00 bis 14:30 Uhr mit einer eigenen Veranstaltung den erfahrungsgemäß über 5.000 Fachbesuchern aus dem Mittelstand darstellen können. Details dazu in der nächsten Ausgabe der AGS:Nachrichten!

Ihre Ansprechpartnerin bei der b2d:

- Inge Gez
Telefon: (05 31) 580 49-16
eMail: [inge.gez\(at\)dialogmesse.de](mailto:inge.gez(at)dialogmesse.de)

AUSSCHREIBUNGEN VEREINFACHUNGEN FÜR KMU BEI ÖFFENTLICHEN AUFTRÄGEN

KMU sollen künftig einfacher an öffentliche Aufträge kommen. Das sieht ein Gesetzentwurf vor, den das Bundeskabinett in Berlin verabschiedete. Mit dem Gesetz soll noch in dieser Legislaturperiode das Vergaberecht modernisiert werden. Es schreibt das Verfahren vor, mit dem Bund, Länder und Gemeinden ihre Aufträge vergeben.

Für Großaufträge ist dabei eine europaweite Ausschreibung Pflicht. Damit bei solchen Aufträgen nicht nur große Konzerne eine Chance haben, sollen sie künftig in so genannte Lose aufgeteilt werden. Kleinere Unternehmen können sich dadurch einfacher nur für einzelne Teile des Gesamtauftrags bewerben. Der Gesetzentwurf sieht weiter vor, dass Aufträge mit sozialen oder umweltbezogenen Auflagen versehen werden oder den Einsatz moderner Technologien vorschreiben dürfen, wenn dies in einem sachlichen Zusammenhang mit dem Auftrag steht. Als Beispiel nannte das Ministerium Dienstfahrzeuge mit Brennstoffzellenmotor. Städte und Gemeinden, die Grundstücke mit Auflagen versehen an einen Investor verkaufen, sollen dies nicht ausschreiben müssen. <

SIK HAGEN ZUSAMMENARBEIT VON WIRTSCHAFT UND SCHULE

Die Vollversammlung der SIK zu Hagen hat beschlossen, die dauerhafte und systematische Zusammenarbeit von Wirtschaft und Schule in festen Partnerschaften und Netzwerken weiter auszubauen.

Dafür ist mit Beginn des Jahres 2008 die Stabsstelle „Schule - Wirtschaft“ eingerichtet worden, die auch die Aktivitäten der Fachbereiche koordiniert, die schon seit Jahren erfolgreich Projekte auf diesem Gebiet vorantreiben. Um die laufenden und geplanten Maßnahmen effizient an die Zielgruppe in Schule, Wirtschaft und Familie zu kommunizieren, wird die Arbeit ab August durch eine professionelle Partneragentur unterstützt werden. <

KOMMUNALE VERSCHULDUNG IN NRW**1.826 € PRO EINWOHNER**

Düsseldorf (LDS NRW). Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände Nordrhein-Westfalens erreichten Ende 2007 – bei ausschließlicher Berücksichtigung der kommunalen Kernhaushalte und der Sonderrechnungen – eine Höhe von 32,9 Mrd. Euro.

Wie das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik mitteilt, waren das 3,6 % weniger als ein Jahr zuvor. Pro Einwohner belief sich die Verschuldung rein rechnerisch auf 1.826,42 €. Auch 2007 wurden wieder verstärkt ehemalige kommunale Sonderrechnungen in Anstalten öffentlichen Rechts (AÖR) umfirmiert. Der rückläufige Schuldenstand bei den Sonderrechnungen wurde durch den Anstieg bei den AÖR mehr als kompensiert. Zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe griffen die kommunalen Körperschaften in den letzten Jahren verstärkt auf Kassenkredite zurück. Ende 2007 belief sich deren Volumen auf rund 13,7 Mrd. € (763,16 € je Einwohner). Insgesamt summierten sich damit die kommunalen Verbindlichkeiten auf 49,5 Mrd. € und waren um 1,5 % höher als Ende 2006. Ergebnisse für einzelne Gemeinden, Städte und Kreise finden Sie als PDF-Datei hier:

>>> mehr

HOCHSCHULLANDSCHAFT NRW**RHEINE SOLL NEUER HOCHSCHULSTANDORT IN NORDRHEIN-WESTFALEN WERDEN!**

Rheine/Kreis Steinfurt. Die Stadt Rheine soll in den nächsten Jahren Standort einer neuen Hochschule in Nordrhein-Westfalen werden. Dafür hat sich die SPD-Kreistagsfraktion einmütig ausgesprochen.

„Wir wollen gemeinsam Hochschulstandort werden“, formulierten nach der Sitzung der SPD-Kreistagsfraktion deren Vorsitzender Günter Borowski und Rheines Bürgermeisterin Angelika Kordfelder. Unterstützung für den avisierten neuen Hochschulstandort gab es auch von der SPD-Landtagsabgeordneten Elisabeth Veldhues, den regionalen Bundestagsabgeordneten der SPD sowie von Arbeitsgemeinschaften der SPD auf Landesebene. Für

die Arbeitsgemeinschaft der SPD-Selbständigen in NRW (AGS) mit ihren rund 10.000 Mitgliedern im Mittelstand des Landes begrüßte deren Landesvorsitzender Gerhard Teulings die Initiative aus dem Kreis Steinfurt als „eine attraktive Belebung der Bildungslandschaft und eine Chance, vor Ort Wissenschaft und Praxis miteinander zu verknüpfen.“ <

TELEKOM-AFFÄRE**SCHNÜFFELATTACKEN HÄRTER BESTRAFEN**

Zu dem Beschluss des SPD-Präsidiums „Ausspionieren stoppen! Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirksam schützen“ erklärt die Vorsitzende der NRWSPD, Hannelore Kraft:

Das Präsidium hat eine Anregung der NRWSPD aufgegriffen, die Menschen in Deutschland vor Spitzelangriffen der Unternehmen wirksam zu schützen. Nach der Schnüffelattacke bei Lidl und der Spitzelaffäre bei der Telekom brauchen wir einen besseren gesetzlichen Datenschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Selbstverpflichtungen laufen ins Leere.

Unternehmen haben die Pflicht, Persönlichkeitsrechte und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung zu respektieren und in ihrer Unternehmenspolitik anzuwenden. Durch eine Verbesserung des Arbeitnehmerdatenschutzes müssen Unternehmen stärker als bisher verpflichtet werden, die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen zu achten. Wir wollen, dass Unternehmen und Manager, die gesetzeswidrig Datenschutzrechte übertreten, zukünftig mit schmerzhaften Bußgeldern zur Rechenschaft gezogen werden. Der bisherige Bußgeldrahmen bei Datenschutzverstößen von 250.000 bis 300.000 Euro reicht da bei weitem nicht aus.

Die wachsenden technischen Möglichkeiten verlangen von der Politik Antworten und entsprechende Gesetze. Unternehmen müssen – ebenso wie staatliche Stellen – verpflichtet werden, die Betroffenen und die Öffentlichkeit bei Verstößen umgehend und umfassend zu informieren. Entsprechende Regelungen in anderen Ländern haben sich bewährt. <

GUTES HANDWERK: PERSPEKTIVEN FÜR HANDWERKSBEREIBE IN NRW



Thomas Eiskirch Mdl,
wirtschaftspolitischer
Sprecher der SPD-
Landtagsfraktion

Handwerk ist nicht gleich Handwerk. Zu vielseitig sind die einzelnen Berufe, die sich unter dem Dach des Handwerks sammeln. Handwerksberufe verändern sich fortlaufend – durch technische Entwicklungen oder neue Kundenwünsche.

Der Fächer der Handwerksberufe bietet den unterschiedlichsten

Talenten und Fähigkeiten Arbeit beziehungsweise Entfaltungsmöglichkeiten. Handwerk ist Dienst am Menschen und an der Gesundheit, Hightech und künstlerisches Gestalten.

Die SPD-Fraktion im Landtag NRW hat sich intensiv mit dem Thema Handwerk beschäftigt und **fünf strategische Handlungsfelder** identifiziert. An dieser Stelle möchte ich das erste dieser Handlungsfelder vorstellen. Die vier anderen folgen in den kommenden Ausgaben der AGS:Nachrichten.

DAS SCHECKHEFT HANDWERK – GRÜNDUNGS- UND WACHSTUMSFÖRDERUNG

Handwerksbetriebe stehen oft vor Herausforderungen, die sie auf sich alleine gestellt nur unzureichend bewältigen können. Hier soll ein **Scheckheft** helfen, mit dem bestehende Förderinstrumente weiterentwickelt und neue geschaffen werden. Es stellt den Betrieben **vier verschiedene Gutscheine** zur Verfügung, die Unterstützung bei Finanzierungsproblemen geben sollen, Beratung möglich machen und helfen, die Unternehmensnachfolge bei Familienbetrieben zu sichern.

AUSBAU DES GRÜNDUNGSINSTRUMENTARIUMS: DER BÜRGSCHAFTSSCHECK

Die von der SPD in NRW 1995 eingeführte Meistergründungsprämie ist das erfolgreichste Existenzgründerprogramm des Landes. Zehntausende Existenzgründungen sind damit gefördert und tausende Arbeitsplätze geschaffen worden. Wir setzen uns für den Ausbau der Meistergründungsprämie ein.

Derzeit werden junge Meisterinnen und Meister bei Gründungen, Beteiligungen und Betriebsübernahmen mit jeweils 7.500 Euro unterstützt. Dieses wertvolle Eigenkapital sollte in einem weiteren Schritt um eine Landesbürgschaft in Höhe von maximal 15.000 Euro (höchstens jedoch die Hälfte der Kreditsumme) ergänzt werden. Existenzgründer haben einen sehr schwierigen Zugang zum Kapitalmarkt. Mit diesem **Bürgschaftsscheck** wird die Kreditaufnahme zum Unternehmensstart deutlich erleichtert. Mit diesem Schritt kann ein deutlicher Zuwachs an Gründungen erreicht werden – bei einem überschaubaren finanziellen Risiko für den Landeshaushalt.

FÖRDERUNG DER UNTERNEHMENS- ENTWICKLUNG: DER BERATUNGSSCHECK

Das gut ausgebaute Beratungsangebot der Handwerkskammern wird von vielen Handwerksbetrieben bisher nur unzureichend wahr- und angenommen. Gerade in Wachstumsphasen ist eine gute Beratung aber oft sehr wichtig, entstehen doch mit steigenden Auftragszahlen und neu eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern neue betriebliche Herausforderungen. Wir setzen uns daher für einen **Beratungsscheck Wachstum** ein, den die Handwerksbetriebe bei Kammern und anderen zertifizierten Beratungsunternehmen einlösen können. Der Beratungsscheck soll die Hälfte der Beratungskosten, maximal 7.500 Euro der Gesamtkosten, abdecken.

HILFE BEI DER UNTERNEHMENSNACHFOLGE: DER BEWERTUNGSSCHECK UND DER BETRIEBSÜBERGANGSSCHECK

Die Unternehmensnachfolge ist eine der großen Herausforderungen für das Handwerk. Viele gesunde Unternehmen finden keine neue Eigentümerin oder Eigentümer, obwohl es durchaus junge Meisterinnen und Meister gibt, die einen Betrieb übernehmen können und wollen. Leider bleiben die eigenen Beschäftigten beim Betriebsübergang allzu oft außen vor. Der Nachfolge stehen zwei strukturelle Hindernisse im Weg. Zum einen überschätzen viele verkaufsbereite Unternehmen den Preis des eigenen Betriebs, so dass potenzielle Käufer überfordert sind. Zum anderen ist der Markt für Un-

ternehmensnachfolgen intransparent und eng. Wir setzen uns daher für einen **Bewertungsscheck** ein, der den Unternehmern hilft, von unabhängiger Seite den Wert ihres Betriebes festzustellen und fordern die Vernetzung der bestehenden Vermittlungsstrukturen. Die START-Messen des Landes benötigen ein weiteres Kongresssegment mit einem „Handelsplatz Handwerk“, das einen transparenten Rahmen für den Erstkontakt zwischen Käufern und Verkäufern bietet. Mit einem **Betriebsübergangs-**

scheck soll es den Handwerksbetrieben ermöglicht werden, an diesem Handelsplatz teilzuhaben.

Mit dem **Bürgschaftsscheck**, dem **Beratungsscheck** **Wachstum**, dem **Bewertungsscheck** und dem **Betriebsübergangsscheck** wollen wir dem Handwerk Hilfen dort anbieten, wo der Markt bisher nur unzureichend funktioniert. Die Eigenverantwortung der Unternehmerinnen und Unternehmer für Gründung und Wachstum bleibt jedoch unangetastet. <

NEUER TARIFVERTRAG

VERBESSERTE AUSBILDUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR JUGENDLICHE • METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE FÖRDERT BERUFSSTART

IG Metall und Arbeitgeber gemeinsam gegen Jugendarbeitslosigkeit

Gelsenkirchen/Emscher-Lippe. Mit dem erstmals geschlossenen „Tarifvertrag zur Förderung von Ausbildungsfähigkeit“ eröffnen die Tarifpartner der Metall- und Elektroindustrie in Nordrhein-Westfalen seit dem 1. April 2008 einen neuen freiwilligen Weg zur Berufsausbildung. Das Angebot richtet sich an solche Jugendliche, die aus unterschiedlichen Gründen den Anforderungen der Berufsausbildung in der Metall- und Elektroindustrie nicht entsprechen und gibt ihnen eine Chance.

Dies teilten der neue 1. Bevollmächtigte der IG Metall Gelsenkirchen, Robert Sadowsky, und der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der Eisen- und Metallindustrie Emscher-Lippe, Dr. Christopher Schmitt, anlässlich der Vorstellung des Tarifwerkes mit.

Schulabgänger und Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag erhalten die Möglichkeit einer bis zu einjährigen Förderung vor einer Ausbildung in Metall- und Elektroberufen. Die Fähigkeit der Jugendlichen zur Ausbildung wird durch aktive Mitarbeit und Integration in dem Betrieb verbessert. Sie können Praxiserfahrungen und notwendige Schlüsselqualifikationen erwerben, um anschließend die Anforderungen einer Berufsausbildung zu erfüllen. Die

Berufskollegs begleiten die Förderphase mit einem speziellen Bildungsgang, um schulische Defizite abzubauen und soziale Kompetenzen zu stärken.

Nach erfolgreicher Förderphase schließt sich die Ausbildung im Betrieb an. Die Entscheidung, ob die Förderphase erfolgreich war, treffen Arbeitgeber und Betriebsrat gemeinsam. Vorteil für die Unternehmen: Sie können die Potenziale sowie die Leistungs- und Lernbereitschaft der Jugendlichen über einen längeren Zeitraum kennen lernen und aktiv fördern. Vorteile für die Jugendlichen: Sie werden gezielt unterstützt und erhalten so einen Einstieg in die Ausbildung sowie in die praktische Arbeit im Berufsfeld. In der Förderphase wird ein Entgelt gezahlt, das zwischen 75 % und 90 % der Ausbildungsvergütung im 1. Lehrjahr liegt.

Sadowsky und Dr. Schmitt appellieren an alle Akteure aus Unternehmen, Betriebsräten, Arbeitsagenturen, Schulen und Berufskollegs, diesen Weg zu unterstützen: „Wir rufen sie auf, die neu geschaffenen Möglichkeiten zu nutzen – im Sinne der Jugendlichen und der Unternehmen.“ Zustimmung erfährt der Vorstoß der Tarifpartner bereits aus der Politik. Cornelia Ruhkemper, Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Bottrop, begrüßt es, dass auch leistungsschwächere Schulabgänger eine faire Chance bekommen, sich den Unternehmen als motivierte und leistungsfähige Auszubildende zu empfehlen. Für Josef Hovenjürgen, Landtagsabgeordneter aus dem Kreis Recklinghausen, stellt der Tarifvertrag ein interessantes Instrument für die Unternehmen dar, um ihren Fachkräftebedarf auch unter schwierigen demografischen Bedingungen zu decken. <

WIRTSCHAFTLICHES WACHSTUM IN NRW GROSSES GEFÄLLE ZWISCHEN DEN REVIERSSTÄDTEN (von Angelika Wölk)

Essen. Das wirtschaftliche Gefälle zwischen den Ruhrgebietsstädten wird größer. Das jedenfalls geht aus einer Studie über die Wachstumsperspektiven des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts HWWI und des Manager Magazins hervor.

Sie haben die Zukunftsfähigkeit der 30 größten deutschen Städte untersucht. Das Ergebnis: Nur Dortmund kam mit Platz 10 in das erste Drittel, Essen kam auf Platz 19, Duisburg auf Platz 21, Bochum und Gelsenkirchen (27 und 28) gehören in die Schlussgruppe. Vorn lagen die Städte Frankfurt (Platz eins), München (zwei) und Stuttgart (drei).

Die Experten fragten dabei nach Kriterien wie Bevölkerungs- und die Beschäftigtenzahlen. Sie haben aber auch erfasst, wie attraktiv die Städte für kreative Köpfe sind. Dabei wurde nach der Qualität der Arbeitsplätze, dem Freizeitwert gefragt, aber auch nach dem Anteil der Ausländer unter den Erwerbstätigen. Migranten wurden hier nicht als Belastung gesehen, sondern als ein Gradmesser für eine belebende Internationalität.

Für Adolf Sauerland (CDU), OB von Duisburg, bildet die Studie die Wirklichkeit nicht ab. „Duisburg hat, gerade was die wirtschaftliche Seite angeht, einen riesigen Satz nach vorn gemacht.“ Es gebe mehr Arbeitsplätze, weniger Arbeitslose, mehr Gewerbesteuer-Einnahmen. „Wir sind auf einem guten Weg.“

DORTMUND EIN „TOP 10“-STANDORT IN DEUTSCHLAND (von Gregor Beushausen, WR)

Dortmund hat Schwächen: wenig Akademiker unter den Berufstätigen, wenig Patentanmeldungen. Aber Dortmund hat eben auch Stärken, die die Stadt im Vergleich mit 29 weiteren Großstädten bundesweit in der Gesamtwertung auf Platz 10 kapitulieren.

So liest sich eine Untersuchung des renommierten Hamburger Weltwirtschaftsinstitutes (HWWI). Die größten Pluspunkte sammelt Dortmund in der Kategorie „Trends“, die vor allem die wirtschaftlichen Kennzahlen beleuchten und die Stadt bundesweit auf Platz 4 heben. Von 2000 bis 2005 ist die Produk-

tivität (also die Wirtschaftsleistung jedes Erwerbstätigen) um 10,8 % gestiegen. „Ein Zeichen dafür, dass der Wandel von Kohle und Stahl zu neuen, hochwertigen Arbeitsplätzen gelungen ist“, kommentiert Christian Ricke vom Manager Magazin.

Nach oben zeigt auch die Kurve bei den Erwerbstätigen, die nach Daten des HWWI im gleichen Zeitraum um knapp 4 % gestiegen und beim Konkurrenten Essen um 2,2 % gefallen ist. Über die Qualität der Arbeitsplätze sagen die Zahlen indes nichts aus – eine Unterscheidung zwischen sozialversicherungspflichtigen Stellen, Mini-Jobs und Selbständigen wird nicht geliefert.

Einen ebenfalls guten Platz 6 belegt Dortmund in der Kategorie „Bevölkerungsentwicklung“: Anders als in anderen Ruhrgebietsstädten wird Dortmund bis 2020 ein Einwohnerverlust von lediglich 1,9 % vorausgesagt. Zum Vergleich: Essen verliert demnach 4,9 %, Duisburg 10 %, Gelsenkirchen 7,6 %.

„Dortmund profitiert von den Zuwanderern und seiner Baulandpolitik“, vermutet Rickens. Zumal das Hamburger HWWI auch voraussagt, dass die Zahl der Erwerbstätigen bis 2020 um 1,84 % steigt – und in Essen um 0,88 % sinkt.

Eher schlechte Werte bescheinigen die Hamburger der Westfalenmetropole in der Kategorie „Standort“, in der verschiedene Aspekte seziert werden, die Dortmund einen mittelprächtigen 19. Platz bescheren. Während der Anteil der ausländischen Studenten bei guten 15,8 % liegt (Essen: 14,3 %), haben gerade 26 % der Schulabgänger die Hochschulreife im Gepäck. (Essen: 31 %). Umgekehrt gilt: 8,7 % aller Dortmunder Schulabgänger schaffen nicht einmal den Hauptschulabschluss – etwas mehr als der Mittelwert aller 30 Großstädte. Trotz neuer Branchen wie Biomedizin: Die Forschungslandschaft lässt zu wünschen übrig: Nur 0,63 % der Beschäftigten arbeiten in forschungsintensiven Branchen – Aachen mit seiner TU kommt auf eine Quote von 3,4 %. Und: Nur 9,82 % der Beschäftigten haben eine akademische Ausbildung – in Aachen sind es 19,5 %. [...]

In Sachen Erreichbarkeit liegt Dortmund im Mittelfeld: Im Schnitt, haben die Experten des Hamburger Weltwirtschaftsinstitutes ermittelt, braucht man 229 Minuten, um die 41 ausgesuchten europäischen Metropolen zu erreichen. <

DIE „KÖPFE“ DER AGS IN NORDRHEIN-WESTFALEN



Franz-Josef Rüter,
Rechtsanwalt und
AGS-Vorsitzender in
Dortmund

Franz-Josef Rüter (47), Vorsitzender der AGS im Unterbezirk Dortmund, verheiratet, zwei Kinder, Rechtsanwalt sowie Fachanwalt für Arbeitsrecht und Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentumsrecht; Mitglied der SPD seit 1996 im Ortsverein Lütgendortmund-Mitte und hier seit 6 Jahren Beisitzer im Vorstand

Schon während der Schulzeit interessierte ich mich sehr für politische Themen mit Sympathien zum linken Spektrum der Parteien. Nach Abschluss der Ausbildung fand ich es an der Zeit, auch selbst aktiv zu werden und trat darum in die SPD ein. Seitdem bin ich in der Ortsvereinsarbeit eingebunden und bekam schon schnell Kontakt zur AGS, deren Vorsitzender ich seit mehr als 5 Jahren bin.

Ende 1993 gründete ich mit meinem Partner Michael Sippel eine Anwaltskanzlei und führe diese mit ihm bis zum heutigen Tage mit derzeit 5 Angestellten und einer Auszubildenden im Zentrum von Dortmund-Lütgendortmund.

Beim Aufbau dieser Kanzlei habe ich die vielfältigen, täglichen Probleme eines Freiberuflichen bzw. Selbständigen miterleben dürfen. In der AGS traf ich andere Freiberufler, Selbständige oder Gewerbetreibende mit den gleichen politischen Idealen und ähnlicher Geschichte.

Mir macht es Spaß, mit diesen Genossinnen und Genossen Erfahrungen auszutauschen und gegenseitige Unterstützung zu erfahren. Es haben sich zudem viele Freundschaften aus diesem Bereich entwickelt.

Meine Intention ist es, in der AGS eine Plattform für selbständige Genossinnen und Genossen zu bilden, um einerseits untereinander Erfahrungen auszutauschen und sich gegenseitig zu unterstützen und auf der anderen Seite gegenüber der Partei und letztlich der Öffentlichkeit die Belange der kleineren und mittleren Unternehmen zu artikulieren und so den Fokus in der Politik mehr auf die Leistungen und Probleme eben jener Unternehmen zu fokussieren.

Dieses Ziel lässt sich nach meiner Erfahrung jedoch nur verwirklichen, wenn in jeglichen Organisationsformen der Partei ständig deutlich gemacht wird, welche gewichtige Rolle den Genossinnen und Genossen als Inhaber oder Geschäftsführer kleinerer oder mittlerer Betriebe in unserer Gesellschaft und Wirtschaftsordnung zukommt. <

> Rüter & Sippel Rechtsanwälte u. Fachanwälte

Werner Straße 4, 44338 Dortmund

Telefon: (0231) 63 33 83

Telefax: (0231) 63 33 93

Web: www.ruether-sippel.de

eMail: ruether@ruether-sippel.de

Für unsere Rubrik „Köpfe der AGS in NRW“ suchen wir auch weiterhin nach AGS-„Aktivisten“, die wir mit Foto und Kurzporträt genauer vorstellen möchten. Das Porträt sollte über das berufliche und politische Leben Auskunft geben und insbesondere die Antwort auf die Frage „Warum engagiere ICH mich in der AGS“ liefern. Bei Interesse bitte eMail an die Redaktion: henke@ags-in-nrw.de.

ARBEITSMARKT

FAST 40 MIO. ERWERBSTÄTIGE IN DEUTSCHLAND

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland nimmt wegen der anhaltend guten Konjunktur zu. Die Personenzahl erhöhte sich vom ersten Quartal 2006 bis zum ersten Quartal dieses Jahres um 1,4 Mio. auf 39,8 Mio. oder um 3,7 %, wie das Statistische Bundesamt mitteilte.

Im Jahresvergleich sei die Zahl der Beschäftigten in den drei Monaten bis März um 686.000 oder 1,8 % gestiegen. Damit setze sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit „mit fast unverminderter Dynamik fort“. Alleine in den Dienstleistungsbereichen entstanden nach Angaben der Statistiker binnen zwei Jahren 1,1 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze. Auch im produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe und im Baugewerbe seien in diesem Zeitraum kräftige Beschäftigungsgewinne erzielt worden. <

GISELA WALSKEN MDL

REGIERUNG HAT DEN RAUBZUG ZU LASTEN DER NRW-SPARKASSEN BEGONNEN



Gisela Walsken, stellv. Vorsitzende und finanzpol. Sprecherin der Landtagsfraktion

Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Gisela Walsken, hat die von der CDU/FDP-Landesregierung beschlossene Änderung des Sparkassengesetzes scharf kritisiert.

„Eine Novellierung des Sparkassengesetzes in Nordrhein-Westfalen ist nicht notwendig. Für die

Umsetzung der Vereinbarung der Eigentümer der WestLB zur Rettung der Landesbank muss der gesetzliche Rahmen nicht geändert werden. CDU und FDP versuchen ihre wahren Absichten zu verschleiern: Die Landesregierung plant einen Raubzug durch die nordrhein-westfälische Sparkassenlandschaft. Ziel der Operation ist letztendlich die Privatisierung der NRW-Sparkassen durch die Hintertür. Opfer dieser sparkassenfeindlichen Politik von CDU und FDP sind die Bürgerinnen und Bürger, die kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort, die Kommunen und nicht zuletzt die Beschäftigten in den Sparkassen. Der Beschluss der Landesregierung trifft auf den massiven Widerstand der SPD. Darauf können sich die Sparkassen in Nordrhein-Westfalen verlassen.“

Die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion warnte eindringlich vor einer vertikalen Fusion von WestLB mit den kommunalen Sparkassen.

Dies würde diese zu Filialen eines Sparkassenkonzerns degradieren, ihre Selbstständigkeit bedrohen und ihren Interessen zuwiderlaufen. Walsken: „Nicht nur rund 2.500 Geschäftsstellen von Sparkassen im ganzen Land wären in Gefahr, die WestLB hätte Zugriff auf das lukrative gewerbliche Kreditgeschäft. Dies geht zu Lasten des Mittelstandes vor Ort und des Betriebsergebnisses der Sparkassen. Eine Vertikalisierung führt auch zum Verlust einer Vielzahl von Arbeitsplätzen bei den kommunalen Sparkassen. Das bedeutet im Klartext: Weniger Beratung vor Ort und ein ausgedünntes Geschäftsstellennetz in der Fläche.“

Walsken forderte den Erhalt des bewährten Drei-Säulenmodells mit einem starken öffentlich-rechtlichen Sektor. In der aktuell schwierigen Zeit angesichts der sogenannten „Subprime-Krise“ hätten sich die Sparkassen insgesamt als stabilisierender Faktor in der Deutschen Finanzwirtschaft gezeigt. <

UTE SCHÄFER MDL

RÜTTGERS MUSS DIE FRAGE BEANTWORTEN, OB DIE SCHULMINISTERIN NOCH TRAGBAR IST



Ute Schäfer, stellv. Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion

„Eindeutiger kann ein Eingeständnis des Versagens nicht ausfallen. Wochenlang hat Schulministerin Sommer das Zentralabitur als Erfolgsstory verkauft. Inzwischen hat sie aber ein völliges Chaos angerichtet. Auch das neue Angebot, die Mathematik Klausur nachschreiben zu können, verunsichert Eltern, Schüler

und Lehrer gleichermaßen. So kann man mit den Menschen nicht umgehen“, erklärte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Ute Schäfer, zu der Ankündigung des Schulministeriums, dass alle Schülerinnen und Schüler, die beim Zentralabitur die „Oktaeder- und Basketball“-Aufgaben gewählt haben, die Klausur neu schreiben können. Auch der neue Versuch, beim Zentralabitur die Reißleine zu ziehen, sei mehr als fragwürdig, so Schäfer.

Bei näherer Betrachtung stelle sich die angebotene Lösung als enorme Belastung für die Schülerinnen und Schüler dar: „Unverschuldet sind die Schülerinnen und Schüler an der Mathematik Klausur gescheitert und müssen nicht nur die mündliche Nachprüfung für die verpatzte Klausur ablegen, sondern sich nun auch noch dem Stress einer neuen Klausur aussetzen – und das alles in letzter Minute vor den Ferien und den Bewerbungsfristen für das Studium. Unverantwortlicher kann man nicht handeln. Hinzu kommt, dass dieses neue Flickschusterei erneut auf dem Rücken der Lehrerinnen und Lehrer ausgetragen wird.“

Für die SPD-Bildungsexpertin sei dies ein erneuter Beleg für den Regierungsmurks der CDU/FDP-Landesregierung. Schäfer: „Die Schulministerin hat einen nicht wieder gut zu machenden Kompetenz- und Autoritätsverlust erlitten. Sie ist erkennbar überfordert im Amt. Ministerpräsident Rüttgers muss die Frage beantworten, ob Frau Sommer als Schulministerin noch tragbar ist.“

Sie kündigte an, dass SPD und Bündnis90 / Die Grünen das Zentralabitur-Desaster am kommenden Mittwoch im Schulausschuss zum Thema machen zu wollen. <

NRWSPD

RENTENSICHERHEIT FÜR ALLE

Auf seiner Sitzung am 28.04.2008 hat der Landesvorstand der NRWSPD einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

1. MINDESTLOHN FÜR MINDESTRENTE!

Wir wollen, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Mindestrente über dem Niveau der Grundsicherung beziehen können – auch deshalb fordern wir den Mindestlohn. Nur mit garantierten Mindestlöhnen können sich alle eine anständige Mindestrente erarbeiten.

2. KEINE KOMBI-LÖHNE UND KEINE KOMBI-RENTEN!

Wer Mindestlöhne ablehnt und dennoch Mindestrenten fordert, fördert einseitig die Arbeitgeber zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Beim Kombi-Lohn anstelle von Mindestlohn muss die Allgemeinheit die Lücke zwischen bezahltem Dumping-Lohn und auskömmlichem Mindestlohn schließen.

Nach der Erwerbsphase muss die Allgemeinheit erneut als Lückenbüßer einspringen und zur Abwehr von Altersarmut Mini-Renten zu Kombi-Renten aufstocken.

Das ist unsozial, weil so Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer doppelt belastet und Arbeitgeber doppelt entlastet würden.

3. GRUNDSICHERUNG MUSS BLEIBEN!

Auf ihrem Leipziger Parteitag hat die CDU 2003 beschlossen, Kombi-Renten einzuführen und dafür die Grundsicherung zu opfern. Auch das ist unsozial.

Die Grundsicherung im Alter ist ein sozialer Rechtsanspruch, den wir – gegen die Union! – durchgesetzt haben. Sie drückt den Respekt vor der Lebensleistung aller Rentner aus und wahrt ihre Würde. Wir lassen nicht zu, dass Menschen mit Kleinstrenten wieder zu Bittstellern werden und Kinder wieder finanziell für ihre Eltern in die Pflicht genommen werden.

Gerade viele Frauen mit langen Familienphasen während ihres Arbeitslebens sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mehrfach arbeitslos waren, sind auf den Schutz durch die soziale Grundsicherung angewiesen. Deshalb halten wir an ihr fest.

4. BÜRGERVERSICHERUNG MACHT DIE RENTE FÜR ALLE ZUKUNFTSSICHER!

Der Altersaufbau unserer Gesellschaft wandelt sich. Weniger Junge, die einzahlen, mehr Ältere mit Anspruch auf Rente. Um die Rente für alle zukunftsfest zu machen, müssen wir die Rentenversicherung nach dem Prinzip der Bürgerversicherung weiterentwickeln.

Alle Erwerbstätigen, ob angestellt oder selbstständig, sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. <

AUSZEICHNUNG

LANDSCHAFTSVERBAND RHEINLAND EHRT HANNELORE KRAFT

Der Landschaftsverband Rheinland verleiht den Ehrenring des Rheinlandes an Hannelore Kraft, die agile Landesvorsitzende der SPD in NRW.

Am Festakt am Dienstag, 24. Juni, 14 Uhr, im Rheinlandsaal des Landeshauses am Kennedy-Ufer in Köln-Deutz wird für die AGSNRW der Landesvorsitzende Gerhard Teulings teilnehmen. <

AG WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE ZENTRALES INNOVATIONSPROGRAMM MITTELSTAND (ZIM)

Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) lichtet den Förderdschungel und steigert die Innovationstätigkeit • Zum Antrag der Koalitionsfraktionen „Das neue Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand ZIM optimal ausgestalten und konsolidierungskonform finanzieren“ erklärt die stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie der SPD-Bundestagsfraktion Ute Berg:

Kleine und mittelständische Unternehmen sind der Motor unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Fast 30.000 von ihnen forschen und entwickeln kontinuierlich, rund 110.000 bringen regelmäßig innovative Produkte und Dienstleistungen auf den Markt und sorgen für einen deutlichen Beschäftigungszuwachs. Mit ihren Ideen und ihrem Erfindungsreichtum verschaffen sie Deutschland eine Spitzenposition auch auf internationalem Parkett.

Um diese Unternehmen optimal zu unterstützen und um zusätzliche Betriebe mit ins Boot zu holen, brauchen wir ein transparentes, zielgenaues, leicht zugängliches Förderangebot. Deshalb unterstützt die SPD-Bundestagsfraktion das Vorhaben der Bundesregierung, die Förderprogramme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie für den innovativen Mittelstand künftig im Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) zusammenzufassen.

Der Förderdschungel wird damit gelichtet: Im ersten Schritt werden ab 1. Juli 2008 die Programme zur Kooperations- und Netzwerkförderung (Pro INNO II, InnoNet und NEMO) unter einem Dach zusammengefasst. NEMO hat bereits in Ostdeutschland die Netzwerkaktivitäten der kleinen und mittelständischen Unternehmen erfolgreich unterstützt und wird nun für Unternehmen in ganz Deutschland geöffnet. In einem zweiten Schritt soll ab Januar 2009 die bisher ebenfalls auf Ostdeutschland beschränkte einzelbetriebliche Förderung dazukommen und auch für das gesamte Bundesgebiet geöffnet werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Parlament jährlich über die Entwicklung des ZIM zu informieren. <

HANELORE KRAFT AUSZUG AUS EINEM INTERVIEW IN DER WESTFALENPOST VOM 15.5.08:

Westfalenpost: Sie fordern eine schnelle Steuersenkung zur Entlastung der Mittelschicht. Warum sehen Sie Handlungsbedarf?



Hannelore Kraft: Seit Jahrzehnten war die Mittelschicht Basis für gesellschaftliche Stabilität und wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands. Das sind die Angestellten, Facharbeiter, aber auch der kleine Handwerker.

Doch diese Mittelschicht ist inzwischen der Hauptlastenträger in unserer Gesellschaft. Ich nenne ihnen nur drei Beispiele: Viele Kinder aus Mittelschichtfamilien erhalten kein Bafög, müssen aber die von CDU und FDP eingeführten Studiengebühren zahlen. Für deren kleine Kinder steigen die Kindergartenbeiträge und dann zahlen sie auch noch genau so viel wie die Millionärsfamilie. Und die Steigerungen der Energie- und Benzinrenten trifft ebenfalls die Mittelschicht sehr stark. Gleichzeitig müssen sie feststellen, dass von den Tarifabschlüssen kaum etwas im Portmonee ankommt. Es ist die SPD, die dafür sorgen muss, dass der Aufschwung bei allen ankommt. <

VERÖFFENTLICHUNGEN

THEMA „MITTELSTAND“

Vor einigen Tagen ist in der „karrierefürer“-Reihe – dem Magazin für Hochschulabsolventen – eine Sonderausgabe zum Thema Mittelstand mit Informationen rund um Berufsperspektiven im Mittelstand erschienen. Neben anderen Institutionen war auch das IfM Bonn Partner dieser Ausgabe.

Die Beiträge des Magazins „karrierefürer mittelstand“ finden Sie als Download hier:

>>> mehr

Frank Maass hat am im Rahmen der Veranstaltung der IHK Ostwestfalen zu Bielefeld „Zukunft Mittelstand! Erfolgsfaktor gesellschaftliches Engagement“ zum Thema „Warum sind gesellschaftlich engagierte Unternehmen erfolgreicher?“ vorgetragen.

Die Vortragscharts stehen Ihnen hier zur Verfügung:

>>> mehr

KURZ NOTIERT

Checkliste: Sieben Alltagstipps für Führungskräfte

Nur selten beziehen Geschäftsführer ihre eigene Position in die Unternehmensstrategie ein. Hier erfahren Sie, wie Sie effizienter arbeiten – und ein Vorbild für Ihre Mitarbeiter sind.

>>> mehr

Acht Tipps gegen AGG-Verstöße

Das Allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG) sorgt bei Unternehmen immer wieder für Probleme. Acht kleine Tipps zeigen Ihnen, wie Sie AGG-Verstöße am Arbeitsplatz in Zukunft vermeiden können.

>>> mehr

Statistisches Bundesamt: Höchster Anstieg der Tariflöhne seit zwölf Jahren

Die Tarifverdienste der deutschen Arbeiter und Angestellten sind im Januar 2008 um 3,3 % gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat angestiegen.

>>> mehr

EU-Beschluss: Kein IFRS-Zwang für kleine und mittlere Unternehmen

Kleine und mittlere Betriebe müssen die neuen Internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS) nicht anwenden.

>>> mehr

EU-Fördermittel: Zuschüsse für Öko-Innovationen in kleinen und mittleren Unternehmen

Für kleine und mittlere Unternehmen aus der Umweltbranche lohnt sich der Blick nach Brüssel – in der neuen Förderperiode von 2007-2013 hat die EU neue Zuschussmöglichkeiten geschaffen.

>>> mehr

Verhandlungsgeschick: So nutzen Sie Ihren Vorteil als KMU-Geschäftsführer

Wer im Kundengespräch strategisch denkt, Vorgaben formulieren und durchsetzen kann, hat mehr Erfolg. Als Geschäftsführer eines kleineren Unternehmens haben Sie die Win-Win-Situation in der Hand. Was Sie beachten sollten und wie Sie zufriedeneren Geschäftspartner hinterlassen, erfahren Sie hier.

>>> mehr

Studie: Herausforderung „Kundenbeziehungen“

Einer aktuellen Studie zufolge liegt der wichtigste Erfolgsfaktor für den Mittelstand im Bereich der Kundenbeziehungen – die zugleich als wichtigste Herausforderung gelten.

>>> mehr

Gründer-Test: Sind Sie zum Unternehmer geeignet?

Ein kostenloser Online-Test der KfW Mittelstandsbank verrät ehrlichen Gründungswilligen, inwiefern sie zum Unternehmer taugen.

>>> mehr

Steuern: So beschäftigen Sie Familienangehörige rechtssicher

Häufig arbeiten Ehefrau oder Kinder in kleinen Betrieben mit. Wie Sie Ärger mit dem Finanzamt vermeiden und sogar ganz legal Steuern sparen, lesen Sie hier.

>>> mehr

BGH-Urteil: Private Altersvorsorge von Selbständigen darf vollständig gepfändet werden

Private Versicherungs- und Vorsorgeprodukte von Selbständigen und Freiberuflern genießen im Falle einer Insolvenz keinerlei Pfändungsschutz. Das gilt auch für die Rürup-Rente.

>>> mehr

Steuer-Urteil: Gewerbesteuer trotz Freiberufler-Status

Bei der Besteuerung kommt es darauf an, welche Tätigkeit man ausübt. Berufsrechtliche Voraussetzungen sind nachrangig.

>>> mehr

Unternehmer-Umfrage: Betriebe bieten 2008 mehr Ausbildungsplätze

Fast ein Viertel der mittelständischen Unternehmer will die Zahl der Ausbildungsplätze in seinem Betrieb erhöhen.

>>> mehr

(U.a. mit Material von <http://www.mittelstanddirekt.de>)

PERSÖNLICHES

Klaus Brandner, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, seit November 2007 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, war Gesprächspartner zu relevanten arbeits- und wirtschaftspolitischen Fragen vor einer Sitzung des SPD-Landesvorstandes der NRWSPD. An der Gesprächsrunde im kleinen Kreis nahm für die AGS der Landesvorsitzende Gerhard Teulings teil. +++ **André Brümmer**, Stellvertreter der Landesvorsitzenden der AGSNRW, hat sich auf einer Sitzung der SGK in NRW zur kommunalen Wirtschaftspolitik u.a. für lokal verbesserte Ausschreibungsbedingungen eingesetzt. Die SGK-Runde arbeitet auf Anregung der AGS derzeit an der Entwicklung eines Muster-Antrags zur Mittelstandspolitik in den Kommunen des Landes. Ausgangspunkt für die entsprechende Diskussion ist ein Antrag, der über die AGS in Gelsenkirchen bereits vor einiger Zeit durch die dortige Ratsfraktion eingebracht wurde. +++ **Markus Töns**, MdL der SPD in Gelsenkirchen, will in den kommenden Sommermonaten mindestens 20 mittelständische Betriebe in seinem Wahlkreis besuchen. Besonders erfreulich: Bei seiner Sommer-Tournee durch die Betriebe der Schalke-Stadt lässt sich der SPD-Landtagsabgeordnete vorab durch die örtliche AGS beraten und bei seinen Besuchen auch begleiten. So stehen die wohl interessantesten Betriebe der Revierstadt auf dem Besuchsprogramm. +++ **Thomas Eiskirch**, MdL aus Bochum und wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, wird künftig regelmäßig in den AGS:Nachrichten über die mittelstandsrelevante Arbeit der SPD-Landtagsfraktion berichten. Eine entsprechende Verabredung wurde zwischen der AGS und der Landtagsfraktion getroffen (s. Seite 4). +++ Die agile Tourismusgemeinde Velen-Ramsdorf im Kreis Steinfurt verabschiedet nach 46 Jahren im öffentlichen Dienst (davon 32 Jahre in Velen) den Ersten Beigeordneten **Werner Peters** im Rahmen einer Feierstunde am Sonntag, 22. Juni, 11.15 Uhr im Burgsaal Ramsdorf. Werner Peters gilt als einer der Manager des dortigen überaus erfolgreichen Stadtmarketings. +++ **Marion Weike**, Bürgermeisterin in Werther (OWL) hat dem AGS-Landesvorstand Unterstützung dafür zugesagt, im regionalen Bereich eine AGS-Organisation ins Leben zu rufen. Infos zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen per eMail: teulings1@gelsenet.de. <

IN EIGENER SACHE

PROVIDERWECHSEL MIT HÜRDEN

Die Entscheidung der AGSNRW, den Provider für das Hosting ihrer Webpräsenz zu wechseln, fiel schon vor vielen Wochen, aus unterschiedlichen Gründen. Der entsprechende KK-Antrag wurde am 28. Mai an die zuständige Registrierungsstelle DENIC verschickt.

Üblicherweise dauert es dann nur wenige Stunden, bis der technische und administrative Umzug vollzogen ist. Nicht so hier: Am 02. Juni erreichte uns die Nachricht der DENIC, dass der bisherige Provider die Übernahme unseres Domainnamens agsnrw.de verweigert hat. In Abstimmung mit der Geschäftsführung der NRWSPD haben wir kurzfristig auf eine Übergangslösung zurückgegriffen – bis zur Klärung sind die Webseiten der AGSNRW nur unter der folgenden vorläufigen Adresse zu finden:

www.ags-in-nrw.de

Bitte beachten Sie, dass auch die eMail-Adressen bis zur Übernahme unserer Domain anders lauten. Wir gehen allerdings auch weiterhin davon aus, dass sich „agsnrw.de“ schon bald wieder in unserem bzw. im Besitz der NRWSPD befinden wird.

Gerhard Teulings

Vorsitzender

info@ags-in-nrw.de

Michael Henke

Schriftführer

henke@ags-in-nrw.de



Screenshot der bisherigen Website agsnrw.de, mit Link zur neuen, aber nur „vorläufigen“ Adresse ags-in-nrw.de

Bis zur nächsten Ausgabe,

Gerhard Teulings

Gerhard Teulings

AGS-Landesvorsitzender